



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 159

01. OKTOBER 2010

HARTZ-IV: VORGABEN AUS KARLSRUHE UMGESETZT



Liebe Leserinnen und Leser!

Da kann man sauer werden. Im Rahmen der aktuellen Hartz-Reform wurden nicht nur Versäumnisse aus rot-grünen Tagen beseitigt, sondern z.B. auch ein Bildungspaket für Kinder in Hartz-IV-Haushalten beschlossen. 620 Millionen Euro pro Jahr sollen für den Zugang zu Vereinen, für Schulmaterial und Lernförderung bereitgestellt werden. Keine Regierung hat jemals mehr für Kinder von Langzeitarbeitslosen getan. Und trotzdem lamentiert alle Welt nur über das angeblich zu niedrige Plus von 5 Euro für die Regelsätze. Dabei ging es darum gerade nicht.

Herzlichst, Ihr

Sie ist jung, sie ist frisch – und sie leidet unter einem Symptom, dass in diesen Tagen (wieder einmal) Spitzenvertreter der Sozialdemokratie befällt. Manuela Schwesig, Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern. Die Diagnose: populismusbedingter Ausfall des Langzeitgedächtnisses. Bei den Neuregelungen handele es sich laut Schwesig um ein „unwürdiges Schmierentheater auf Kosten der Ärmsten“. Wer hier wohl ein unwürdiges Schmierentheater veranstaltet?

Zur Erinnerung: Die sog. Hartz-Gesetze wurden einst von rot-grün auf den Weg gebracht. Dazu gehörte auch ein bestimmter Modus zur Berechnung der Regelsätze für Erwachsene und Kinder. Dieses auf die Regierung Schröder zurückgehende

Verfahren hatten die Richter des Bundesverfassungsgerichtes Anfang des Jahres als „intransparent“ gerügt. Jetzt hat die christlich-liberale Koalition genau diese Scharfe ausgewetzt. Sie hat z.B. die gesellschaftlichen Referenzgruppen, die als Vorlage der Berechnungen dienen, deutlich definiert. Sie hat zudem für jedermann nachvollziehbar bestimmt, welche Positionen in den Warenkorb gehören und welche nicht. Obwohl die neubemessenen Beträge nunmehr über den alten Regelsätzen liegen, werden sie von der Opposition als sozial ungerecht niedergebrüllt.

Ob dieser Chor dauererregter Gerechtigkeitsfanatiker allerdings repräsentativ für die Bevölkerung ist, wage ich zu bezweifeln. Verdutzt notierte der Politikforscher Franz Walter kürzlich, dass in der gesellschaftlichen Mitte die Entrüstungswellen über die Neuregelungen ausbleiben. Und trotz Hartz-IV legt die Union in den jüngsten Umfragen zu. Verkehrte Welt?

Ich glaube, dass viele Menschen in diesem Land sehr wohl verstanden haben, dass es bei der Hartz-Reform eben nicht um ein Plus von fünf, zehn oder fünfzig Euro

geht, denn die Höhe des Regelsatzes hatten die Richter ausdrücklich nicht kritisiert, sondern um eine nachvollziehbare Begründung der Regelsätze. Sie honorieren, dass die Bundesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zeitnah umgesetzt hat und bei ihrer Berechnung bisherige, fragwürdige Positionen für Flugreisen, Tabak und Alkohol durch sinnvolle Posten wie Internet-Software-downloads und die Praxisgebühr ersetzt hat.

Ferner bin ich davon überzeugt, dass viele Menschen Hartz-IV eben nicht als „staatlich verordnete Armut“ begreifen. Viele Menschen, die in der Mitte unserer Gesellschaft stehen, wollen, dass Gerechtigkeit nicht nur aus der Perspektive des Leistungsempfängers, sondern auch aus der Perspektive derer betrachtet werden soll, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen erzielen und davon Steuern bezahlen, damit andere abgesichert sind! Der Sinn von Hartz IV kann nur darin liegen, in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

AUFSCHWUNG KOMMT BEI DEN BÜRGERN AN



Foto © Fotofolia - Julian Weber

Der robuste Konjunkturaufschwung kommt bei den deutschen Bürgern an. Denn die Arbeitnehmer in Deutschland haben wieder mehr Geld in der Tasche: Im zweiten Quartal 2010 sind die Verdienste spürbar gestiegen. Verglichen mit dem Vorjahr wuchsen die Reallöhne um durchschnittlich 2,3 Prozent an.

Im Zuge des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs konnten viele Unternehmen sowohl die Kurzarbeit verringern, als auch die Löhne erhöhen. So stiegen im verarbeitenden Gewerbe die Verdienste sogar um durchschnittlich 5,7 Prozent. Gleichzeitig soll die

Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr auf den niedrigsten Wert seit 1992 sinken. Es besteht „die Chance, auf drei Millionen oder vielleicht noch etwas darunter zu kommen“, erklärte die Bundeskanzlerin kürzlich.

Ursache für den Aufschwung ist vor allem Deutschlands erfolgreiche Bewältigung der Finanzkrise. Während Staaten wie Frankreich und Spanien noch immer mit der Rezession zu kämpfen haben, Deutschland sich im Vergleich mit den anderen Staaten der Eurozone am Besten aus der Krise und ist jetzt Wachstumsmotor Nr.

1 in Europa.

Prognosen errechnen für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent. Verantwortlich sind hierfür neben dem Exporterfolg deutscher Unternehmen vor allem auch die anziehende Binnennachfrage.

Möglich gemacht hat dies das beherrzte Krisenmanagement der CDU-geführten Bundesregierung mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Die beschlossenen Konjunkturpakete und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes festigen Deutschlands Platz unter den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

UNDANKBARKEIT DER OSTDEUTSCHEN KRITISIERT



Arnold Vaatz (CDU), direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Dresden, kritisiert die Undankbarkeit vieler Ostdeutscher, die auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer noch spürbar sei.

Vaatz, der seine politische Karriere als DDR-Bürgerrechtler begann, kennt die Zustände in der DDR aus eigener Erfahrung. Er äußert sich pünktlich zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit: „Mich stört die Undankbarkeit vieler Ostdeutscher. Die

Solidarleistung wird teilweise mit wutverzerrtem Gesicht und verstockter Undankbarkeit entgegengenommen.“

Dabei herrschten im Vergleich zu anderen ehemaligen Ostblockländern in Ostdeutschland nahezu paradisi-sche Zustände.

Deshalb stört Vaatz vor allem die häufige Glorifizierung der DDR: „Manche reden von der DDR bis heute wie vom versunkenen Paradies.“ Damit stellten viele Ostdeutsche

die Realitäten auf den Kopf, denn der Verfall der DDR war lange im Voraus abzusehen. Ohne die Einheit wäre sie in wenigen Monaten bankrott gewesen.

Das Beispiel der DDR zeigt traurig, wohin das Menschenexperiment des „real-existierenden Sozialismus“ führen musste. Umso mehr ein Grund, am 3. Oktober mit dem 20. Tag der Deutschen Einheit auch das Ende des Unrechtsregimes in der DDR zu feiern.

ALS JUSTIZIAR BESTÄTIGT



In ihrer Sitzung am 28. September hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer bei den turnusmäßigen Neuwahlen mit 97,1 Prozent als Justiziar bestätigt. „Das tolle Ergebnis freut mich sehr und bestätigt mich in meiner Arbeit“, so

Grosse-Brömer.

Er gehört damit weiterhin dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand, dem engstem politischen Entscheidungsgremium der Fraktion, an und berät sie in allen rechtlichen Angelegenheiten.

TERMINAUSWAHL

- 02.10. Jubiläum Sozialverband in Rosengarten
- 03.10. Feierstunde zur Deutschen Einheit in Winsen
- 09.10. Kreisschützenball in Tostedt